

Hansestadt Stendal, 19.09.2017

**Niederschrift über die außerordentliche öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Stadtentwicklungsausschusses**

**Tag der Sitzung:      Mittwoch, 30.08.2017**

**Ort:                      39576 Hansestadt Stendal, OT Uenglingen, Feuerwehraum,  
Unter den Linden 3**

**Beginn:                17:30 Uhr**

**Sitzungsende:        19:33 Uhr**

**Anwesend sind:**

Vorsitzender

Eckhardt, Wolfgang

Mitglieder

Glewwe, Jörg-Michael

Hauke, Bernd

Hofer, Dirk

Kammrad, Norbert

Köpke, Birgit

Radtke, Carola

Richter-Mendau, Henning Dr.

Schlafke, Jürgen

Tüngler, Harriet

in Vertretung für Stadträtin Kunert

Protokollführerin

Lützkendorf, Gudrun

von der Verwaltung

Achilles, Axel

Borstel, Hans-Jürgen

Mehlkopf, Torsten

Sommerfeld, Peter

Tüngler, Bärbel

Westrum, Georg-Wilhelm

Gäste

Engel, Carolin

Götzky, Liane

Götzky, Matthias

Hartung

Jüngling, Janet

Jüngling, Tobias

Kleint, Holger

Mertens, Nancy  
Neumann, Klaus  
Pietraszyk, Jens  
Stoppok, Andrea  
Tanne, Gunda  
Wieland, Dieter  
Wollmann, Herbert Dr.

**Entschuldigt fehlen:**

*Mitglieder*  
Kunert, Katrin



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Bericht der Verwaltung
- 4.1 Fragestellungen von Herrn Stadtrat Röxe zum geplanten Neubau der Kita in Uenglingen nebst Beantwortung (schriftlicher Bericht)
- 4.2 Fragestellungen von Herrn Stadtrat Schlafke zum geplanten Neubau der Kita in Uenglingen nebst Beantwortung (schriftlicher Bericht)
- 5 Neubau KITA "Spatzennest" / OT Uenglingen **VI/694**
- 6 Anfragen/Anregungen

### Nicht öffentlicher Teil

- 7 Bericht der Verwaltung
- 8 Anfragen/Anregungen



## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu TOP 1 **Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

**Stadtrat Eckhardt**, Ausschussvorsitzender, eröffnet um 17:30 Uhr die heutige außerordentliche öffentliche und nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung. Er begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie die zahlreich erschienenen Gäste. Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

#### zu TOP 2 **Einwohnerfragestunde**

Herr Klaus Neumann, wohnhaft in der Schönbeckstraße 7 in Stendal, äußert sein Unverständnis zum geplanten grundhaften Ausbau der Schönbeckstraße. Der Gehweg sei in den 1990er Jahren erneuert worden. Gleiches gelte für die Gas- und Wasserleitungen. In Folge der Baumaßnahme müssten alle Bäume gefällt werden, wobei nur für einen Teil Ersatzpflanzungen vorgesehen seien. Zudem würden nach Abschluss der Baumaßnahme weniger Stellplätze vorhanden sein. Seiner Meinung nach müssten die Nebenanlagen nicht ausgebaut werden, wenn der Regenwasserkanal erneuert würde. Er möchte daher wissen, ob der grundhafte Ausbau der Schönbeckstraße weiterhin geplant sei.

Herr Westrum erklärt, dass sich die Verwaltung intensiv mit dem Zustand der Schönbeckstraße auseinandergesetzt habe. Die Straße nebst dem teilweise bestehenden Regenwasserkanal sei erst- und letztmalig 1890 gebaut worden. Mittlerweile würden sowohl der Straßenkörper als auch die Nebenanlagen und der Regenwasserkanal von diversen, teils erheblichen Mängeln behaftet sein. In den 90er Jahren sei nur ein Teil des Fahrwegbelages erneuert, aber nicht grundhaft ausgebaut worden. Aus Sicht der Verwaltung sei ein grundhafter Ausbau der Schönbeckstraße erforderlich. Zudem würde es sich hierbei um die wirtschaftlichste Variante handeln. Er führt auf, welche Arbeiten im Zuge des grundhaften Straßenausbaus durchgeführt werden sollen. Es würde sich um eine Gemeinschaftsmaßnahme der Hansestadt Stendal, der Stadtwerke Stendal und der Abwassergesellschaft handeln. Aufgrund der Realisierung als Gemeinschaftsmaßnahme würden für die anliegenden Grundstückseigentümer im Ergebnis geringere Kosten anfallen als bei einer Teilumsetzung der notwendigen Arbeiten (z. B. zunächst Regenwasserkanal). Dies sei hauptsächlich durch einen sehr viel höheren baulichen Aufwand bei einer Teilumsetzung begründet. Zudem gibt er die kontinuierliche Preissteigerung im Baugewerbe zu bedenken. Je länger man warte, desto teurer würde die Maßnahme werden, wodurch die Anlieger dann noch höhere Ausbaubeiträge zu zahlen hätten.

Herr Dieter Wieland, wohnhaft in der Schönbeckstraße 10 in Stendal, berichtet, dass der Gehweg in der Schönbeckstraße in den 90er Jahren vollständig erneuert worden sei. Vor seinem Grundstück würden weder der Gehweg noch die Straße Unebenheiten aufweisen. Somit sehe auch er keine Notwendigkeit zu einem grundhaften Straßenausbau. Warum solle die Straße trotz fehlender Notwendigkeit ausgebaut werden?

Herr Westrum verweist auf die ungeordneten Parkverhältnisse in der Schönbeckstraße. Es würden mehr Pkw's dort parken als zulässig sei, da einige Fahrzeugführer ihre Autos sogar über den Baumscheiben abstellen würden. Hier sei die Schaffung einer geordneten Stellplatzordnung erforderlich. Man



könne jedoch nicht nur die Stellplätze neu gestalten, sondern müsse die gesamten Nebenanlagen einschließlich Bordsteinen betrachten.

Herr Hartung, dessen Frau einen Friseursalon in der Schönbeckstraße 17 habe, ist der Ansicht, dass es hier wohl hauptsächlich um die Erneuerung des Regenwasserkanals gehe. Die Kosten für eine Maßnahme dürften nur umgelegt werden, wenn sich eine Verbesserung für die Anwohner ergebe. Der Wegfall der Parkplätze würde die Anwohner jedoch vor ein Problem stellen. Es sei unbestreitbar, dass der Regenwasserkanal in der Schönbeckstraße erneuert werden müsse. Sei es wirklich notwendig und wirtschaftlich sinnvoll, die Straße grundhaft auszubauen? Im Zuge des grundhaften Ausbaus der Bahnhofstraße sei die Schönbeckstraße zwar auch von Schwertransportern als Umleitungsstrecke genutzt worden. Davon abgesehen würde die Straße aber nicht von Schwertransportern befahren werden, sodass der vorhandene Straßenaufbau genüge.

Herr Westrum erwidert, dass die Schönbeckstraße nicht die Voraussetzungen/Anforderungen erfülle, die an eine Straße gestellt würden. Für den Ausbau von Straßen und die Festsetzung des Straßenaufbaus seien die Bauklassen maßgebend.

**Stadtrat Glewwe** hinterfragt den Grund des Wegfalls von Stellplätzen und Bäumen.

Herr Westrum führt aus, dass derzeit rund 50 Pkw's in der Schönbeckstraße parken dürften, wenn man die regulären Stellflächen betrachte. Die Anwohner würden jedoch auch widerrechtlich parken (z. B. über Baumscheiben), sodass in der Schönbeckstraße tatsächlich oft mehr Fahrzeuge abgestellt seien. Entsprechend den aktuellen Planungen würden nach dem grundhaften Straßenausbau 44 Stellplätze geschaffen.

**Stadtrat Eckhardt** erklärt, dass das Bauvorhaben in dem Fall, dass nur Regen- und Abwasserkanal erneuert würden, nicht viel günstiger würde als bei einem grundhaften Ausbau und begründet dies.

Herr Westrum sagt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung letztendlich zu entscheiden habe, ob die Schönbeckstraße grundhaft ausgebaut werden solle oder nicht. Sofern man sich gegen einen grundhaften Ausbau entscheide müsse man sich darüber im Klaren sein, dass der Regenwasserkanal und der Abwasserkanal in zwei aufeinanderfolgenden Jahren erneuert würden, da beide Maßnahmen nicht in einem Jahr realisiert werden könnten. Die Wirtschaftlichkeit sei dann fraglich.

Herr Wieland fragt, wer die Kosten für die Kanalerneuerung zu tragen habe.

Herr Westrum berichtet, dass die Kosten für die Erneuerung des Abwasserkanals von der AGS getragen würden. Auf die Anlieger würden diesbezüglich keine Kosten zukommen. Er gibt jedoch noch einmal die längere Bauzeit zu bedenken, sofern man sich gegen einen grundhaften Ausbau entscheide. Günstigste und wirtschaftlichste Lösung sei ein grundhafter Ausbau der Schönbeckstraße.

Weitere Einwohner melden sich nicht zu Wort. Daher schließt **Stadtrat Eckhardt** um 17:58 Uhr die Einwohnerfragestunde.



### zu TOP 3    **Feststellung der Tagesordnung**

**Stadträtin Tüngler** beantragt ein Rederecht für die anwesenden Kindergärtnerinnen und Eltern.

**Stadtrat Dr. Richter-Mendau** bittet dann jedoch um eine Begrenzung der Redezeit.

**Stadtrat Eckhardt** lässt über den Antrag abstimmen:  
10 Ja-Stimmen

Im Anschluss lässt **Stadtrat Eckhardt** über die heutige Tagesordnung abstimmen. Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

### zu TOP 4    **Bericht der Verwaltung**

#### zu TOP 4.1    **Fragestellungen von Herrn Stadtrat Röxe zum geplanten Neubau der Kita in Uenglingen nebst Beantwortung (schriftlicher Bericht)**

und

#### zu TOP 4.2    **Fragestellungen von Herrn Stadtrat Schlafke zum geplanten Neubau der Kita in Uenglingen nebst Beantwortung (schriftlicher Bericht)**

**Stadtrat Schlafke** bedankt sich zunächst für die Beantwortung seiner Fragen. Er stellt klar, dass er keinesfalls gegen einen Kita-Neubau sei. Vielmehr plädiere er gegen die Beibehaltung des aktuellen Standortes. Er sei verwundert, dass dem Ausschuss nun die gleiche Vorlage wie im April 2017 vorgelegt worden sei. Lediglich die Begründung sei etwas abgeändert worden. Er fragt, warum sich die Verwaltung das Gelände nicht vor Erarbeitung der ersten Vorlage angesehen und die Topografie erkundet habe. Sofern der Neubau, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, auf dem jetzigen Kita-Gelände errichtet würde, würden sich sämtliche Fenster und Türen unterhalb der Oberkante der Mulde befinden. Er gibt zu bedenken, dass sich Abgase und andere Schadstoffe vorrangig in der Mulde ansammeln würden. Außerdem seien die Kinder in der Kuhle während der Sommermonate einer erhöhten Wärmebelastung ausgesetzt. Weiterhin sei für ihn unverständlich, dass sich die Kosten gegenüber der ursprünglichen Vorlage vom April 2017 nicht verändert hätten, obwohl im April seitens der Ausschussmitglieder einige zusätzliche Arbeiten festgelegt worden seien (größere Fenster, Glaskuppel...).

Herr Sommerfeld erklärt, dass der Neubau von Anfang an in die Mulde gebaut werden sollte. Die genaue Lage des Gebäudes würde sich aus den späteren konkreten planerischen Einpassungen ergeben. Bezüglich der Kosten seien keine Änderungen vorgenommen worden, da zwar einige Positionen neu hinzugekommen seien. Auf der anderen Seite würden jedoch auch andere Positionen entfallen, sodass nicht mit einer Kostensteigerung gerechnet werde.

Nach Aussage von **Stadträtin Tüngler** sei der Ortschaftsrat von Uenglingen erfreut über den geplanten Neubau der Kita gewesen, da die Zustände in der jetzigen Kita nicht mehr tragbar seien. An den Park als Alternativstandort habe leider niemand gedacht.

Herr Westrum gibt zu berücksichtigen, dass ursprünglich ein Umbau und eine



Sanierung des bestehenden Kita-Gebäudes sowie eine geringfügige Erweiterung geplant gewesen seien. Auf Anregung des städtischen Rechnungsprüfungsamtes sei ein Neubau in die Betrachtungen einbezogen worden. Der Neubau habe auf dem jetzigen Kita-Grundstück errichtet werden sollen (mittlerer Standard). Im Falle eines Standortwechsels würden höhere Kosten anfallen. Es sei eine Förderung über das Programm „STARK V“ geplant. Hier stünde der Stadt jedoch nur ein begrenztes Budget zur Verfügung. Ein Teil der ermittelten Kosten i. H. v. 1.003.000 € müssten schon jetzt durch die Stadt getragen werden, da im Programm „STARK V“ nur noch etwa 925.000 € zur Verfügung stünden. Sofern weitere Mehrkosten anfielen, müssten diese ebenfalls durch die Stadt getragen werden.

**Stadträtin Radtke** vertritt die Meinung, dass der Standort Chausseestraße 28 aufgrund der Lage in der Mulde für die Kinder nicht tragbar sei. Der Standort im Park sei besser geeignet.

**Stadträtin Tüngler** bemängelt die falschen Informationen in der Presse bezüglich der möglichen Kosten des Neubaus am Alternativstandort.

Herr Westrum begründet dies damit, dass kostenseitig seitens der Verwaltung zwei Varianten betrachtet (einfacher und mittlerer Standard) und die entsprechenden Kosten ermittelt worden seien. Bei einem mittleren Baustandard würden sich demnach Kosten von rund 1,45 Mio. € ergeben.

**Stadtrat Hofer** fragt, warum derselbe Baukörper an einem anderen Standort etwa 300.000 € teurer werden solle.

Herr Westrum führt aus, dass der Baukörper aufgrund von Abstell- und Geräteräumen am Alternativstandort „Unter den Linden“ größer ausfallen müsste. Am Standort Chausseestraße 28 seien diese nicht Bestandteil des Neubaus gewesen, da auf dem Grundstück andere Räumlichkeiten zur Verfügung stünden. Zudem müsse man bedenken, dass im Park komplett neue Außenanlagen nebst Spielplatz und Einfriedung geschaffen werden müssten. Dies sei mit zusätzlichen Kosten verbunden, da für diese Maßnahmen nur Kosten in einem relativ geringen Umfang am Standort Chausseestraße 28 anfallen würden.

**Stadtrat Eckhardt** möchte wissen, ob die Förderung bei einem neuen Standort entfalle.

Herr Westrum verneint dies. Man müsse allerdings bedenken, dass die Finanzierung des Vorhabens zum jetzigen Zeitpunkt abgesichert sei. Sofern sich die Ausschussmitglieder für den Standort „Unter den Linden“ entscheiden würden, wäre die Finanzierung aufgrund der Mehrkosten nicht mehr gesichert. Der schon bei der Investitionsbank eingereichte Förderantrag ruhe derzeit. Man müsse jedoch bis zum 31.12.2017 einen neuen Förderantrag stellen. Zu diesem Zeitpunkt müsse ein Finanzierungsnachweis erbracht werden, da eine Förderung nur erfolge, wenn die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert sei. Außerdem müsse die Planung überarbeitet und vom Ausschuss für Stadtentwicklung beschlossen werden.

**Stadträtin Tüngler** hinterfragt, ob eine neue Antragstellung bis zum 31.12.2017 realisierbar sei.

Dies würde schwierig, so Herr Westrum.



**Stadtrat Schlafke** ist verwundert, dass in der Vorlage von einem einfachen Baustandard die Rede sei, während Herr Westrum jetzt von einem mittleren Standard spreche. Eigentlich müsste sich schon aus der Erhöhung des Standards eine Kostensteigerung ergeben.

Herr Sommerfeld sagt, dass eine Realisierung der Maßnahme mit einem unteren Standard aufgrund der geforderten Ausstattungskriterien nicht möglich sei. Die hierdurch anfallenden Mehrkosten müssten anderweitig kompensiert werden.

**Stadträtin Radtke** verstehe nicht, warum der Neubau am Standort „Unter den Linden“ so viel teurer werden solle.

**Stadtrat Glewwe** ergänzt, dass hier z. B. geringere Kosten für erforderliche Schallschutzmaßnahmen anfallen müssten. Zudem müsste keine Verfüllung erfolgen.

**Stadträtin Tüngler** stellt klar, dass der Park ein fantastischer Ort für die neue Kita sei, insbesondere für die Kinder. Es sei genügend Platz vorhanden, so dass keine Staus zu befürchten seien, wenn die Eltern ihre Kinder zur Kita bringen und abholen würden. Sie plädiert dafür, im Sinne der Kinder zu entscheiden.

**Stadtrat Eckhardt** erkundigt sich, ob der Verkauf des jetzigen Kita-Grundstücks gut realisierbar sei.

Dies sei laut Aussage von Frau Tüngler ungewiss. Man habe bisher keine entsprechenden Erfahrungen.

**Stadtrat Dr. Richter-Mendau** erklärt, dass man natürlich das Beste für die Kinder wolle. Aber auch die Kosten würden eine wichtige Rolle spielen.

**Stadtrat Schlafke** kritisiert, dass Herr Westrum den möglichen Alternativstandort „Unter den Linden“ vor der Beschlussfassung im April gekannt habe und den Ausschuss nicht darüber informiert habe.

Herr Westrum sagt, dass man sich vorab verwaltungsintern zu möglichen Alternativstandorten beraten habe. Er habe damals das Parkgrundstück in Erwägung gezogen, habe jedoch erfahren, dass dieses nicht zur Disposition stünde.

**Stadtrat Eckhardt** erteilt der Kita-Leiterin Frau Stoppok das Wort.

Frau Stoppok bemängelt, dass stets nur die Punkte Lärm- und Staubbelastung betrachtet würden. Aus Sicht der Kita müssten jedoch auch weitere Aspekte berücksichtigt werden. So seien beispielsweise Mindestabstände zwischen den Spielgeräten und dem Kita-Gebäude erforderlich. Es sei unklar, ob und wie diese Abstände am Standort Chausseestraße 28 realisiert werden könnten. Außerdem habe man dort weniger Platz für die Spielgeräte und bei Regenfällen würde in der Mulde Wasser stehen. Zu guter Letzt müssten aufgrund des Neubaus alle Bäume gefällt werden. Demgegenüber stünden viele Vorteile beim Standort „Unter den Linden“. So würde sich die neue Kita in einem verkehrsberuhigten Bereich befinden, es gäbe bessere Parkmöglichkeiten für Eltern und Erzieher und die Kita würde sich näher zu den Kooperationspartnern befinden. Darüber hinaus wäre die Einrichtung präsenter für alle (derzeit sei die Kita nicht so leicht zu finden). Weiterhin könnte der neu zu errichtende



Spielplatz besser genutzt werden, da man mehr Platz habe. Generell würden sich durch den Neubau im Park kürzere Wege für alle ergeben. Auch sei hier bei Bedarf die Möglichkeit für einen Erweiterungsbau gegeben.

>> 18:40 Uhr bis 18:50 Uhr: Vor-Ort-Begehung des Alternativstandortes im Park <<

**Stadtrat Hauke** sei enttäuscht, dass der Alternativstandort im Park verwaltungsintern schon einmal betrachtet worden sei, dass man den Stadtrat hierüber aber nicht informiert habe. Seiner Meinung nach sei dem Standort im Park der Vorzug zu geben, sofern der Kostenrahmen von 1.003.000 € eingehalten würde.

Herr Sommerfeld berichtet, dass eine Versickerung auf dem Grundstück im Park aufgrund des tonhaltigen Untergrundes nicht möglich sei. Der Baugrund sei hinsichtlich der Tragfähigkeit in Ordnung. Man könne jedoch nicht ausschließen, dass im Rahmen der Baumaßnahme Probleme auftreten könnten, die u. U. Kostensteigerungen nach sich ziehen könnten.

Herr Westrum ergänzt, dass das Bauamt alles tun werde, um den Kostenrahmen einzuhalten. Die endgültigen Baukosten könnten aber durchaus höher ausfallen.

zu TOP 5  
VI/694

#### **Neubau KITA "Spatzennest" / OT Uenglingen**

**Stadtrat Eckhardt** stellt mündlich den Antrag, im TOP die Wörter „Bestätigung der Beschlüsse zu den Drucksachen VI/607 und VI/610/Aufhebung der Aussetzung“ sowie den Beschlusstext zu streichen und lässt hierüber abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** 10 Ja-Stimmen

**Stadtrat Eckhardt** stellt zudem mündlich den Antrag, dass die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung folgenden neuen Beschlussvorschlag beschließen mögen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, in dem geplanten Kostenrahmen die Neubauplanung zum Alternativstandort „Unter den Linden“ zu erstellen.“

**Abstimmungsergebnis:** 10 Ja-Stimmen

Somit wurde die Vorlage geändert beschlossen.

zu TOP 6

#### **Anfragen/Anregungen**

**Stadtrat Dr. Richter-Mendau** berichtet, dass ihm ein aufmerksamer Bürger in regelmäßigen Abständen Fotos von parkenden Autos im Ziegelhof (Bereich, wo die Poller entfernt worden seien) übergeben würde. Er fragt, wann die Poller endlich wieder installiert würden.

#### **Auftrag an das Bauamt/SG Tiefbau:**

Es ist dafür zu sorgen, dass die Poller zeitnah wieder aufgestellt werden.

**Stadtrat Hofer** sagt, dass er sich beim Bauamt erkundigt hätte, warum die neu aufgestellten Container an der Grundschule Nord entgegen der Ausschreibung eine schwarze Außenfassade hätten. Hierdurch sei die Wärmebelastung, auch beim Berühren der Außenfassade, sehr hoch. Die Antwort, die er erhalten hätte-



te, sei nicht zufriedenstellend.

**Auftrag an die Bauaufsicht:**

**Stadtrat Hofer** bittet darum, dass die Bauaufsicht die besagte Situation an warmen Tagen überprüfe.

**Auftrag an das Bauamt/SG Hochbau:**

**Stadtrat Hofer** bittet um Mitteilung, wer die in kieselgrau bestellten Container in der gelieferten Farbe (schwarz) abgenommen habe. Seiner Kenntnis nach wäre eine Umlackierung möglich gewesen. Warum habe man keine Nachbesserung verlangt?

Nach Auskunft von Herrn Westrum läge der Wärmeschutz des Containers im Wand- und Dachbereich über den Vorgaben der Energiesparverordnung.

**Stadtrat Hofer** ergänzt, dass es ihm um den sommerlichen Wärmeschutz gehe.

**Stadträtin Radtke** führt aus, dass vor 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahren eine Vor-Ort-Begehung mit Herrn Kleefeldt in Wahrburg stattgefunden habe. Die im Rahmen dieser Begehung festgestellten Mängel (z. B. Tür in der Kita) seien bis heute nicht behoben worden.

Herr Sommerfeld erklärt, dass zunächst ein Bauantrag zwecks Umnutzung des Kita-Raums habe gestellt werden müssen. Die Baugenehmigung liege mittlerweile vor und die Arbeiten seien beauftragt worden.

**Stadtrat Schlafke** bemängelt, dass die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung entgegen geäußerter Wünsche nicht über das gewählte Pflastermaterial in der Vogelstraße informiert worden seien. Außerdem sei festgelegt worden, dass die für den Trimm-Dich-Pfad eingepflanzten Mittel für die Grundschule in Börgitz eingesetzt werden sollten. Bisher sei hier aber noch nichts passiert.

Die Maßnahme befände sich in Vorbereitung, so Herr Westrum.

**Stadtrat Schlafke** nimmt noch einmal Bezug auf seine Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 26.04.2017 wegen der Pkw-Stellplätze für die Grundschule, Kita und Hort in Börgitz. Er habe die Information erhalten, dass ausreichend Stellplätze vorhanden seien, was seiner Meinung nach jedoch nicht der Fall sei. Dürften die Mitarbeiter der Einrichtungen an der Straße parken? Er bittet um eine entsprechende Information der Mitarbeiter (**Auftrag an das Bauamt/SG Tiefbau**).

**Stadtrat Glewwe** erkundigt sich, ob es stimme, dass Firma Matthäi die einzige Firma sei, die noch Asphalt fahre.

Herr Westrum berichtet, dass es in der Tat nur noch eine regionale Firma gebe, die Asphalt fahre.

**Stadtrat Hauke** fragt, ob die fertig gestellte Bauhof-Halle in diesem Jahr in Benutzung gehe.

Herr Westrum und Herr Sommerfeld erklären, dass die Freigabe der Halle im September erfolgen solle, auch wenn noch nicht alle Arbeiten abgeschlossen



sein. So würde die Beleuchtungsinstallation noch fehlen. Die diesbezügliche Ausschreibung würde in diesem Jahr erfolgen. Die Nutzbarkeit sei aber grundsätzlich gegeben, sodass dort durchaus Salz eingelagert werden könne.

**Stadtrat Kammrad** sagt, dass ein Radweg von Vinzelberg bis nach Insel und dann weiter von Döbbelin bis nach Stendal führe. Lediglich im Bereich zwischen Insel und Döbbelin würde es keinen Radweg geben. Könnten hierfür evtl. Fördermittel beantragt werden?

**Stadtrat Eckhardt** liegen Informationen vor, wonach der besagte Radweg im Zuge des Baus der A 14 angelegt werden soll. Da sich der Radweg aber an einer Bundesstraße befinden würde, wäre nicht die Stadt, sondern der LSBB der Träger der Maßnahme.

**Stadtrat Kammrad** führt weiter aus, dass der Eichstedter Weg (zwischen Tierheim Borstel und Gemarkungsgrenze Eichstedt) mit Schotter befestigt sei. Könne der Weg nicht ausgebaut oder wenigstens geschoben werden? Die Gemeinde Eichstedt hätte für den Ausbau des Weges in ihrer Gemarkung Fördermittel erhalten.

Nach Auskunft von Herrn Westrum hätte sich das SG Tiefbau bereits über Fördermöglichkeiten informiert. Die zuständigen Stellen würden derzeit keine Möglichkeit einer Förderung sehen. Sofern der Weg trotzdem ausgebaut würde, müssten die Anlieger Erschließungsbeiträge zahlen (90 % der Kosten), was sie aber nach entsprechender Rücksprache nicht wollen. Somit entfielen ein Ausbau.

**Auftrag an das Bauamt/SG Tiefbau:** Ausbesserung des Eichstedter Weges

Weitere Anfragen und Anregungen liegen nicht vor. Daher schließt **Stadtrat Eckhardt** um 19:29 Uhr den öffentlichen Teil der heutigen Ausschusssitzung und verabschiedet die Gäste.

Wolfgang Eckhardt  
Vorsitzender

Gudrun Lützkendorf  
Protokoll

